

60 Jahre Ausbau der innerdeutschen Grenze

Veranstalter: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Datum, Ort: 04.05.2012–05.05.2012, Marienborn

Bericht von: Christian Vaterodt, Institut für Geschichte, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Als am 26. Mai 1952 Angehörige der Deutschen Grenzpolizei begannen, die Demarkationslinie zur Bundesrepublik Deutschland abzuriegeln, ahnten die wenigsten, welche folgenreiche Entwicklung diese Maßnahmen nach sich ziehen würden. 60 Jahre danach erinnern nun Historiker und Zeitzeugen gemeinsam im Rahmen einer Tagung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn an diesen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eher weniger präsenten Schicksalstag.¹

In einem umfangreichen Einführungsvortrag gab HANS-HEINRICH NOLTE (Hannover) zunächst einen Überblick über die internationale und nationale Konstellation im Jahr 1952 und verwies in einer historischen Herleitung vor allem auf die wirtschaftlichen Motive seitens der Sowjetunion. Die Installation des sozialistischen Modells in der SBZ/DDR musste, so Nolte, dazu führen, dass die Verlockung des Vergleichs mit dem marktwirtschaftlich ausgerichteten Nachbarland einen Teil der Menschen zur Abwanderung in dieses bewegte. Die Abriegelung der „Staatsgrenze West“ sei schließlich Ausdruck für das Nichtfunktionieren der sowjetisch-ostdeutschen Politik gewesen, so wie Zäune grundsätzlich sinnbildlich für gescheiterte Politik stünden.

Nach Ansicht MICHAEL KUBINAS (Berlin) ist genau jene Auffassung, die Grenze sei von Anfang an zum Zwecke der Fluchtverhinderung errichtet, gepflegt und schließlich geschlossen worden, nicht haltbar. Im Gegenteil: Kubinas Recherchen hätten ergeben, dass die anhaltende Flucht von DDR-Bürgern in Richtung BRD vor und unmittelbar nach der Grenzschließung in den Reihen der SED-Führung keinerlei Anlass zur Sorge bereitete, die Grenzsicherungsmaßnahmen von 1952 al-

so per se nicht in kausalem Zusammenhang mit der Flucht stünden. Kubina argumentierte zunächst mit technisch-militärischen Überlegungen: Bis 1961 habe die Grenzsicherung der Aufgabe der Fluchtverhinderung allein baulich nicht gerecht werden können und folglich auch keine Auswirkungen auf die Fluchtbewegung gehabt. Vielmehr sei der wenige Zeit nach der Grenzabriegelung beschlossene Aufbau des Sozialismus in Konkurrenz zum kapitalistischen Westen in der Auffassung der SED auf die Abwanderung nicht-systemtragender Bürger angewiesen gewesen. Auch wenn seine provokanten Thesen nicht bei allen Teilnehmern Beifall fanden, so hat Kubina es doch geschafft, eine belebte Diskussion zu entfachen.

Zwar habe die bisher vorwiegend mit technischem und militärischem Interesse vorgenommene Erforschung der innerdeutschen Grenze zahlreiche Verdienste aufzuweisen; wesentliche Fragen, so etwa die Reaktionen in der Bevölkerung, die Wechselwirkungen zwischen den Kontrollbemühungen und dem Verhalten der unmittelbar und mittelbar Betroffenen, seien KAY KUFEKE (Berlin) zufolge allerdings schier außen vor gelassen worden. Der Historiker und Ausstellungskurator bei der Stiftung Berliner Mauer hat diese Forschungslücke erkannt und zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht, deren Ergebnisse er in Marienborn präsentierte. Am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns konnte er zeigen, dass die Grenzschließung von 1952 für die Bevölkerung durchaus einschneidende Veränderungen mit sich gebracht, eine Akzeptanz oder gar Befürwortung der Grenze sich in der weiteren Folge jedoch nicht eingestellt habe. Vielmehr fördere das Quellenstudium eine beträchtliche Zahl „negativer Meinungen“ zutage, die von einer bloßen Unzufriedenheit über das Übertrittsverbot bis hin zu lauter Kritik an den bewaffneten Organen und sogar der Partei reichten. Ferner lasse die über einen längeren Zeitraum konstante Vielzahl solcher – im Übrigen nicht selten auf öffentlichen oder gar Parteiveranstaltungen – vorgenommenen Äußerungen auf eine breite Adressatenschaft innerhalb der Bevöl-

¹ Zugunsten der besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Personenbegriffe verzichtet.

kerung schließen. Unter unbedingter Berücksichtigung der Prozesshaftigkeit des Grenzbaus müsse, so betonte Kufeké mehrfach und resümierte schließlich auch seinen Vortrag, auch von einer Dynamik der Gewöhnung ausgegangen werden, die insbesondere generationell bedingt gewesen sei.

Nicht mit der Grenze oder ihrem Ausbau per se, sondern mit einem Begleitumstand befasste sich JEANNETTE VAN LAAK (Gießen) in ihrem Beitrag „Drüben bleiben?“. Die Flucht, die vielen Menschen als der einzige Ausweg aus einem für sie nicht zumutbaren Leben in der SBZ/DDR erschien, endete für sie in der Regel in Notaufnahmелagern, von denen es in der Bundesrepublik zu Beginn der 1950er-Jahre drei (neben mehreren, hauptsächlich in Westberlin privat eingerichteten Unterkünften) gegeben hatte. Anhand der Gießener Situation schilderte van Laak das Schicksal der ostdeutschen Flüchtlinge und die Entwicklung des Notaufnahmesystems in der Nachkriegszeit. Vor dem Hintergrund eines starken antikommunistischen Reflexes in der bundesdeutschen Gesellschaft stießen die Neuankömmlinge aus dem Ostteil des ehemaligen Reiches grundsätzlich auf Empathie. Demgegenüber standen die Erfahrungen mit der zwischen 1946 und 1948 einsetzenden Migrationsbewegung, insbesondere aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, und den damit verbundenen logistischen und integrationspolitischen Kraftanstrengungen, die Anfang der 1950er-Jahre noch sehr frisch gewesen seien, was zu der verbreiteten Befürchtung einer sozialstaatlichen Überforderung führte. Es müsse also, konstatierte van Laak in Anlehnung an Ute Daniel, von einem „ambivalenten Verhältnis der Bundesrepublik zu den SBZ-/DDR-Flüchtlingen bis 1961“ ausgegangen werden. Im Verlauf ihres Vortrages konnte die Gießener Historikerin exemplarisch erstens eine Systematisierung und Bürokratisierung der Notaufnahme, zweitens eine Relativierung der teilweise ablehnenden Haltung der Westdeutschen gegenüber den ostdeutschen Übersiedlern zugunsten einer – drittens – erfolgreichen Integration und schließlich Assimilation der Neubürger nachweisen.

In einem mit zahlreichen Bildern und Graphiken ausgestatteten Vortrag brachte der

Zeitzeuge ACHIM WALTHER (Hötensleben) dem Auditorium die schrittweise vorgenommene Abriegelung der innerdeutschen Grenze näher, erzählte die Geschichte des unweit der Tagungsstätte gelegenen Ortes Hötensleben von 1945 bis in die 1950er-Jahre, wobei er den Fokus auf die Professionalisierung der Grenzanlagen legte. Neben den fotografisch vorgestellten Sperrelementen, den Bildern von bewaffneten Grenzpolizisten und Soldaten sowie dem daraus resultierenden Eindruck des Eingesperrtseins wirkten die zum Teil fast pössartigen Anekdoten und Alltagsbeschreibungen Walthers zuweilen etwas surreal. Als massive Einschnitte in ihren gewohnten Alltag hätten die Bewohner Hötenslebens, aber auch der Nachbarorte Offleben und Schöningen, diese Maßnahmen allerdings zweifelsohne empfunden: Die schon am frühen Morgen des 26. Februars 1952 vorgenommenen Maßnahmen, die Einrichtung des Sperrgebiets, die (in nicht wenigen Einzelfällen) aus dem Verlust der westdeutschen Arbeitsstätte resultierende Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die ab Mai desselben Jahres erfolgten Zwangsaussiedlungen prägten das Leben an der Grenze binnen kürzester Zeit neu, wirkten fort und erfuhren ihre „Auffrischung“ dann schließlich im August 1961.

Ebenfalls aus der Sicht des wissenschaftlich reflektierenden Zeitzeugen näherte sich anschließend der ehemalige Präsident des Bundesgrenzschutzpräsidiums Ost, BERND WALTER (Berlin), der Frage an, worin die Gründe für die verstärkte Absicherung der Demarkationslinie und ihres Ausbaus zu einer befestigten Staatsgrenze zu sehen seien. So könne noch für das Jahr 1951, dem Jahr der Gründung des BGS, keinesfalls von einer „dichten“ Grenze gesprochen werden, überquerten doch im August 1951 tausende Bürger der BRD das vermeintliche Hindernis, um zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten nach Ost-Berlin zu gelangen. Die Schaffung des BGS einige Monate zuvor diente in erster Linie der Bewältigung einer bedrohlichen Grenzkriminalität, die mehrheitlich Gruppen von „DPs“ sowie Schmugglern zuzuschreiben gewesen seien. In diesen kausalen Zusammenhang rückte Walter auch die 1952er Ereignisse, bestätigte also die

These, die Sperrmaßnahmen seien vor allem mit wirtschaftlichen Motiven zu erklären. Erst nachrangig und mithin zeitlich später müsse die „Staatsgrenze West“ aus Sicht der DDR als Vehikel zur Demonstration ihrer Eigenstaatlichkeit bewertet und ihr eine höchst ideologische Bedeutung zugemessen werden. In den Köpfen der DDR-Grenzpolizisten und -soldaten sei fortwährend ihr bundesdeutscher Konterpart zu einem personifizierten Klassenfeind herangereift, während, so wusste Walter aus seiner beruflichen Erfahrung zu reflektieren, es „innerhalb des BGS keine Formen der politischen Indoktrination“ gegeben habe, von einem latenten Antikommunismus im Spiegel des Zeitgeistes in den Reihen der Grenzschützer also keineswegs gesprochen werden könne. Ob dies zutreffend respektive wie es damit tatsächlich bestellt ist, sollte jedoch nach Ansicht des Verfassers einer genaueren wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen werden; der Vortrag jedenfalls öffnete dieses Fenster zwar, wagte das sich bietende Panorama jedoch nicht auszu-schöpfen.

Zum Abschluss der militärgeschichtlich dominierten Tagungssektion führte JOCHEN MAURER (Potsdam) in die Strukturen und Aufgabenbereiche der DDR-Grenztruppen ein.² Der Historiker und Bundeswehrhauptmann informierte die Anwesenden über seine aktuelle Forschung, wobei er den Fokus auf das Grenzregiment 25 legte, dessen Zuständigkeitsbereich sich einst links- und rechtsseitig der Grenzübergangsstelle Marienborn erstreckte. So hatte Maurer mit seinem Vortrag den zeitlichen Horizont der Tagung erheblich erweitert, was der Relevanz des Themas jedoch keinerlei Abriss tat. Eindrücklich skizzierte er das Grenzsicherungssystem der DDR, welches sich besonders im Bereich von Grenzübergängen hinsichtlich des „Zusammenwirkens“ unterschiedlicher bewaffneter Organe in seiner Komplexität noch einmal zuspitzte. Was Bernd Walter in seinem Beitrag noch verneint hatte, wurde im Anschluss an Maurers Vortrag diskutiert: Eine Kommunikation zwischen den „gegnerischen“ Einheiten BGS und Grenztruppen habe es zweifelsohne gegeben, und zwar nicht nur im Einzelfall. Es sei faktisch nachweisbar und vor allem aber auf psychologischer Ebene nur verständ-

lich und wenig überraschend, dass es zu vielfältigen Formen der gegenseitigen Kontaktaufnahme, mithin zu sämtlichen Emotionen von Hass bis Freud gekommen sei – nur erwünscht war es nicht.

Den letzten Veranstaltungsschwerpunkt bildeten drei Vorträge, die sich nunmehr den wirtschaftlichen Aspekten im Zusammenhang mit der Frühphase der innerdeutschen Grenze widmeten.

Zunächst skizzierte der Landeshistoriker MATHIAS TULLNER (Magdeburg) die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Bezirks Magdeburg in den 1950er-Jahren, informierte also gewissermaßen über das unmittelbare Hinterland der deutsch-deutschen Grenze. Die – im Rahmen der Tagung vorrangig zu betrachtende – Besonderheit des Bezirkes lag in seiner sich über 319 km erstreckenden Grenze zur Bundesrepublik, womit Magdeburg, so betonte Tullner, die Rolle einer „Nahtstelle“ zwischen den entstehenden machtpolitischen Blöcke zugekommen sei; die Transitautobahn, der Mittellandkanal sowie die grenzüberschreitenden Eisenbahnstrecken seien als Schlaglichter genannt. Infolge der Maßnahmen vom Februar 1952 sei die Lage im jüngst gebildeten Bezirk in einschneidender Weise verschärft worden: Die Abriegelung der Grenze mit all ihren Folgeerscheinungen sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft stellte den Bezirk vor besondere Herausforderungen. Als westlichste Großstadt der DDR und als Frontbezirk sei Magdeburg im Aufbauplan der SED wie auch der KPD/SU prädestiniert gewesen für die Entwicklung zu einem Aushängeschild des Sozialismus. Der Zeitzeuge und in erster Linie Wissenschaftler Tullner weiß jedoch: „Die hochfliegenden Pläne [...] blieben stecken“, sodass sich Magdeburg im weiteren Verlauf der deutsch-deutschen Geschichte eher am unteren Ende der Bedeutungsskala der sozialistischen Staaten befunden habe. Das zu Beginn der 1950er-Jahre ausgerufenen Ziel, Magdeburg zum „Schaufenster“ für den Westen auszubauen, und die im Sommer 1957 von Walter Ulbricht gemachten Versprechungen

² Maurer war kurzfristig für den krankheitsbedingt abwesenden Gerhard Sälter (Gedenkstätte Berliner Mauer) eingesprungen, der einen Beitrag zur Grenzabriegelung, der Grenzpolizei und ihren Grenzhelfern in den fünfziger Jahren geplant hatte.

an Magdeburg blieben schließlich nicht mehr als „bloßes Gerede“, resümierte Tullner seinen Vortrag.

Mit den ökonomischen Problemen und ihren Ursachen vor sowie den ökonomischen Folgen nach der Grenzschließung setzte sich CHRISTOPHER KOPPER (Siegen) in seinem Beitrag auseinander. Es sei eingangs einer solchen Betrachtung festzustellen, dass beide Volkswirtschaften zu Beginn der 1950er-Jahre asymmetrisch miteinander verflochten gewesen seien, sodass die strukturellen Folgen der deutschen Teilung das Gebiet der DDR sehr viel stärker getroffen hätten. Nachweislich seien die Verflechtungen an der gemeinsamen Grenze am intensivsten gewesen – die Teilung habe hier auch die Westseite erheblich beeinträchtigt. Zu den ersten Lösungsansätzen, deren Konsequenzen jedoch nicht weitreichend genug gewesen seien, gehörte anfangs der 1950er-Jahre ein bilaterales nichtstaatliches Handelsabkommen. Daneben sei der graue und schwarze Handel bis zur Grenzschließung bis 1952 virulent gewesen. Insbesondere dem grenznahen Einzelhandel der BRD habe dieses Problem des Grenzschmuggels erheblichen Schaden zugefügt. Zudem habe man spätestens in der Folge der Grenzabriegelung auf die Nachfrage östlich der Zonengrenze verzichten müssen. Auf der politischen Ebene habe die Schließung der Grenze als „Katalysator für die Institutionalisierung eines Wirtschaftsförderungsprogramms“ (Zonenrandgebietsförderung) gewirkt und langfristig, so die These Koppers, für eine Stabilisierung der Wirtschaft im westdeutschen Grenzgebiet gesorgt. Auf der Ostseite stellte vor allem die Einrichtung der Sperrzone eine wirtschaftliche Mehrbelastung dar, da durch die Rigidität der Überwachung mitunter erhöhte Kosten entstanden seien. Die verbreitete These von einer Desinvestitionspolitik im Sperrgebiet wollte Kopper mit Verweis auf seine Recherchen jedoch nicht bestätigen.

Den Abschluss der Tagung markierte mit seinem Vortrag über das sogenannte Coburger Sonderabkommen der Wirtschaftshistoriker PETER FÄßLER (Paderborn). Mit dem im Januar 1950 abgeschlossenen Vertragswerk vereinbarten die Regierungen des Freistaates Bayern und des Landes Thüringen die Fortwirkung des Arbeitsverhältnisses von rund

200 bayerischen Facharbeitern im südthüringischen Schieferbergbau, was als Kuriosum in die Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen eingehen sollte. Hervorzuheben sei an diesem Beispiel, gab der Referent einleitend zu verstehen, das analytische Potenzial dieses Falls, welches besondere Erkenntnisse über die Machtverteilung zwischen Partei, Bürokratie und Betrieben bereithalte. Ferner könne dieses Beispiel Auskunft über das Spannungsverhältnis zwischen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen erteilen. So wies Fäßler insbesondere jenen Konflikt nach, indem er die sensible Haltung der Partieführung aufzeigte, die in der Weiterbeschäftigung der Facharbeiter ein erhöhtes Sicherheitsrisiko und vor allem eine Unterwanderung ihres Machtmonopols im grenznahen Raum zu erkennen gemeint habe. Konkrete zentrale Weisungen aus Ostberlin, die die Einquartierung der Arbeiter in den Wintermonaten unterbinden sollte, seien beispielsweise vom Werksleiter ignoriert worden – ohne Konsequenzen, die auch bei späteren Vorfällen dieser Art zunächst ausbleiben sollten. Die Grenzschließung 1952 schob diesem Agreement schließlich doch den Riegel vor, bis es im Ergebnis erfolgloser Versuche, eigene Facharbeiter für diesen Bereich anzulernen, Anfang 1955 – auch als Folge des Neuen Kurses – eine Neuauflage erfahren sollte. Aus diesem für die Geschichte der deutschen Teilung einzigartigen Fall zog Fäßler den Schluss, dass sich grundsätzlich zwar die politisch-ideologische Linie der SED durchsetzen konnte, es jedoch sehr wohl zu interessanten Abweichungen kam, die die Diktatur punktuell an ihre Grenzen stoßen ließ. Nicht zuletzt sei es nach Ansicht Fäßlers im Rahmen der Border Studies ein gutes Argument zur Betrachtung von Grenzsystemen und -praktiken aus regionaler oder lokaler Perspektive, da sich makro- und mikrohistorische Betrachtungsebenen oftmals komplementär zueinander verhalten.

Das von Christoph Kleßmann Anfang der 1990er-Jahre entwickelte Konstrukt der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ beförderte zweifellos ein neues Denken über die deutsch-deutsche Geschichte, in dessen Konsequenz über die Grenze hinweg historisch verglichen wurde, Un-

terschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Parallelgesellschaften herausgearbeitet und historiographisch interpretiert wurden. Eine Erkenntnis der Tagung ist, dass die Forschung zur deutsch-deutschen Grenze an einem vorläufigen Wendepunkt angekommen ist: Der Hintergrund, vor dem kommende Forschungsvorhaben nunmehr angelegt sein sollten, wird bereits mit dem programmatisch anmutenden Terminus des „verflochtenen Kommunikations- und Handlungsraumes“ umrissen. Gerade die zahlreichen wechselseitigen Transfers, die gegenseitige Orientierung sowie bedeutende transkulturelle Kompromisse lassen die deutsch-deutsche Geschichte weniger als parallel, denn unter den Auspizien der Verflochtenheit beleuchten. Die Tagung konnte diesen neuen Blickwinkel als Aufgabe bestätigen und in Ansätzen auch für sich einnehmen.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Silke Satjukow, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Sascha Möbius, Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Grußworte

Klaus-Erich Pollmann, Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Einleitungsvortrag

Hans-Heinrich Nolte, Leibniz-Universität Hannover: Die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen des Grenzausbaus 1952

Motivationen und Deutungen

Moderation: Silke Satjukow

Michael Kubina, Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin: Penetrations- oder Fluchtverhinderungswall? Walter Ulbricht und die „Republikflucht“ 1952/53

Soziale, militärische und wirtschaftliche Aspekte

Soziale Aspekte

Moderation: Silke Satjukow

Kay Kufeke, Berlin: 1952 und die Sozialgeschichte der innerdeutschen Grenze

Jeannette van Laak, Justus-Liebig-Universität Gießen: „Drüben bleiben?“ - Zonenflüchtlinge in der Bundesrepublik

Rundgang über das Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Militärische Aspekte

Moderation: Sascha Möbius

Achim Walther, Vorsitzender des Grenzdenkmalvereins Hötensleben e.V.: Die Abriegelung der Grenze am Beispiel Hötensleben / Offleben / Schöningen

Bernd Walter, Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost a.D., Berlin: Der Grenzschutz der Bundesrepublik Deutschland (BGS, Zoll, Westalliierte, andere Sicherheitsorgane)

Jochen Maurer, MGFA Potsdam: Löcher in der „Grenze“? Das „Zusammenwirken von Grenztruppen und MfS an der GÜSt Marienborn

Wirtschaftliche Aspekte

Moderation: Sascha Möbius

Mathias Tullner, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Die Entwicklung des Bezirks Magdeburg in den 1950er-Jahren

Christopher Kopper, Universität Siegen: Die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Schließung der innerdeutschen Grenze

Peter E. Fäßler, Universität Paderborn: Zankapfel „Coburger Sonderabkommen“ 1950 – 1952: Die umstrittene Beschäftigung bayerischer Facharbeiter im südthüringischen Bergbau

Abschlussdiskussion / Mittagessen

Tagungsbericht *60 Jahre Ausbau der innerdeutschen Grenze*. 04.05.2012–05.05.2012, Marienborn, in: H-Soz-u-Kult 03.12.2012.